

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Abkürzungen	XXV
Einführung	1
§ 1 Die Stellung der Beweislast im Verfahren	7
A. Die Beweiswürdigung	9
B. Das Beweismaß	10
C. Die Beweislast.....	13
§ 2 Die strukturellen Besonderheiten der Kollisionsnorm und ihre Auswirkungen auf die Möglichkeiten des Eintretens eines non liquet.....	17
A. Aufgabe und Funktionen der Kollisionsnorm	17
B. Die Strukturelemente der selbständigen Kollisionsnorm	23
C. Die möglichen non liquet-Konstellationen bei den unterschiedlichen Anknüpfungsmomenten	54
D. Zusammenfassung: Die Kollisionsnorm als Bündelung vertikaler und horizontaler Verweisungen und die hieraus resultierenden Konsequenzen für das Vorliegen eines non liquet	99
§ 3 Die Grundprinzipien der Beweislast im materiellen Recht und die Voraussetzungen für ihre Übertragung auf die kollisionsrechtliche Fragestellung	101

A. Die Grundlage der Entscheidungsverpflichtung des Gerichts bei Vorliegen eines non liquet	101
B. Überwindung des non liquet durch Beweislastentscheidung	104
C. Zusammenfassung und Konsequenzen für die weiterführende Prüfung.....	130
§ 4 Das auf die Beweislast und das Beweismaß anzuwendende Recht	133
A. Die Feststellungslast	134
B. Die Beweisführungslast.....	136
C. Das auf das Beweismaß anwendbare Recht.....	139
D. Konsequenzen der vorgefundenen Ergebnisse für die Beweislast bei ausländischen, supranationalen und staatsvertraglichen Kollisionsnormen.....	143
§ 5 Die Möglichkeiten der Überwindung einer tatsächlichen bezogenen Unklarheit beim kollisionsrechtlichen Anknüpfungsmoment.....	149
A. Die Fragestellung auf erster Stufe: Die Möglichkeit der Übertragung der Beweislastprinzipien auf die Frage des „Ob“	149
B. Die Fragestellung auf zweiter Stufe: Das non liquet im Hinblick auf die örtliche Beziehung der konkreten Verknüpfung.....	213
C. Zusammenfassung	319
§ 6 Die Auswirkungen der vorgefundenen Ergebnisse zur Beweislastentscheidung beim Anknüpfungsmoment auf die Parteien	323
A. Der Einfluss der Unteranknüpfungen auf die Problematik	323
B. Die Beeinträchtigung des Rechtsanwendungsinteresses als Kriterium für die Beweislastverteilung beim Anknüpfungsmoment.....	325

§ 7 Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse.....	339
Literaturverzeichnis	347
Sachregister	377

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Abkürzungen	XXV
Einführung.....	1
§ 1 Die Stellung der Beweislast im Verfahren.....	7
A. Die Beweiswürdigung.....	9
B. Das Beweismaß.....	10
C. Die Beweislast.....	13
§ 2 Die strukturellen Besonderheiten der Kollisionsnorm und ihre Auswirkungen auf die Möglichkeiten des Eintretens eines non liquet.....	17
A. Aufgabe und Funktionen der Kollisionsnorm	17
I. Die Zweistufigkeit der Ermittlung ausländischen Rechts.....	18
II. Die Funktionen der Kollisionsnorm	20
1. Die Auswahlfunktion im Hinblick auf das anzuwendende Recht.....	20
2. Die Ergänzungsfunktion – Die Erteilung des Anwendungs- befehles an die ausländische Norm im Inland	23
B. Die Strukturelemente der selbständigen Kollisionsnorm	23
I. Strukturelemente der Sachnorm als Vergleichsmaßstab.....	24
II. Die für die Beweislastfrage relevante Struktur der Kollisionsnorm.....	25
1. Der Anknüpfungsgegenstand.....	26

a) Die Funktion des Anknüpfungsgegenstandes.....	26
b) Der Bezug des Anknüpfungsgegenstandes zum Tatsächlichen und der Streit um den Gegenstand des Kollisionsrechts	28
aa) Rechtsnormen als Gegenstand der Anknüpfung.....	31
(1) Abstrakte Rechtsnormen als Gegenstand der Kollisionsnorm	31
(2) „Klassifizierte Rechtssätze“ als Gegenstand der Kollisionsnorm	32
(3) Kritik.....	32
bb) Der Tatsachenbezug des Anknüpfungsgegenstandes	36
cc) Die für die Qualifikation heranzuziehende Tatsachen- grundlage und die Unmöglichkeit eines non liquet im Hinblick auf den Anknüpfungsgegenstand	37
(1) Die Problematik des Verhältnisses von Sachverhalt und Qualifikation.....	37
(2) Lösung durch Zugrundelegung der klägerischen Behauptungen im Hinblick auf den materiellrechtlichen Anspruch	38
c) Ergebnis.....	40
2. Das Anknüpfungsmoment	40
a) Die systematische Stellung des Anknüpfungsmoments in der Struktur der Kollisionsnorm.....	41
aa) Das Anknüpfungsmoment als Bestandteil der Rechtsfolge einer Kollisionsnorm	41
bb) Das Anknüpfungsmoment als Tatbestandsmerkmal	42
cc) Stellungnahme	42
b) Die verschiedenen Anknüpfungsmomente in den aus deutscher Sicht maßgeblichen Normwerken.....	44
c) Die durch die Struktur des Anknüpfungsmoments bedingte Erweiterung der Möglichkeiten von non liquet-Situationen....	45
aa) Einseitige Kollisionsnormen	45
(1) Allseitig ausbaubare einseitige Kollisionsnormen	45
(2) Einseitige Kollisionsnormen, deren Zwecksetzung einen allseitigen Ausbau verbietet.....	46
bb) Allseitige Kollisionsnormen	48
cc) Unvollkommen allseitige Kollisionsnormen	51
d) Ergebnis.....	53
C. Die möglichen non liquet-Konstellationen bei den unterschiedlichen Anknüpfungsmomenten	54
I. Anknüpfungsmomente ohne Wertungsmöglichkeit	54

II. Normative Anknüpfungsmomente	56
1. Die parteiautonome Rechtswahlvereinbarung	57
2. Die Staatsangehörigkeit.....	58
a) Der Charakter der Staatsangehörigkeit aus kollisionsrechtlicher Sicht.....	59
b) Die Beweisführung im Hinblick auf die Staatsangehörigkeit.....	61
aa) Unmittelbarer Beweis hinsichtlich der der Staats- angehörigkeit zugrunde liegenden Tatsachen	61
bb) Der Nachweis der Staatsangehörigkeit durch Legitimationspapiere.....	63
c) Die möglichen Konstellationen eines non liquet	64
d) Zusammenfassung.....	66
3. Der gewöhnliche Aufenthalt	67
a) Der Begriff des gewöhnlichen Aufenthaltes	67
aa) Die Maßgeblichkeit von Verweildauer und sozialer Integration	67
bb) Die Sechs-Monats-Formel und ihre Stellung im Beweisgefüge des gewöhnlichen Aufenthaltes	70
b) Einheitliches Merkmal oder differenziertes Verständnis?	73
aa) Das Differenzierungsmodell	73
bb) Einheitliche Auslegung im Interesse der Rechtssicherheit	74
cc) Stellungnahme.....	75
c) Das Erfordernis einer Wertungsentscheidung im Falle der Diversifikation von Indiztatsachen und sein Einfluss auf die Möglichkeiten des Eintrittes eines non liquet	78
aa) Faktizität oder Wertungsoffenheit des gewöhnlichen Aufenthaltes?	78
bb) Konsequenzen für die Feststellung des gewöhnlichen Aufenthaltes	81
d) Ergebnis.....	85
4. Der effektive Verwaltungssitz einer Gesellschaft	85
a) Die verschiedenen Theorien zur Ermittlung des Gesellschaftsstatutes und die Rechtslage nach „Centros“, „Überseering“ und „Inspire Art“.....	87
b) Der effektive Verwaltungssitz als normativer Begriff	92
c) Die verschiedenen Möglichkeiten eines non liquet hinsicht- lich des effektiven Verwaltungssitzes einer Gesellschaft.....	94
5. Die Gründungsrechtsanknüpfung im Internationalen Gesellschaftsrecht	96

D. Zusammenfassung: Die Kollisionsnorm als Bündelung vertikaler und horizontaler Verweisungen und die hieraus resultierenden Konsequenzen für das Vorliegen eines non liquet	99
§ 3 Die Grundprinzipien der Beweislast im materiellen Recht und die Voraussetzungen für ihre Übertragung auf die kollisionsrechtliche Fragestellung	101
A. Die Grundlage der Entscheidungsverpflichtung des Gerichts bei Vorliegen eines non liquet.....	101
B. Überwindung des non liquet durch Beweislastentscheidung	104
I. Keine umfassende gesetzliche Regelung.....	104
II. Die Überwindung des non liquet und die durch das Kollisionsrecht aufgeworfenen Probleme.....	107
1. Die reinen Nichtanwendungstheorien	107
2. Die neueren Beweislasttheorien.....	109
a) Die Existenz von Beweislastnormen zur Überwindung des non liquet	109
b) Der Inhalt der Beweislastnorm.....	110
aa) Die negative Grundregel der Beweislast	110
bb) Der Vorrang der Beweislastverteilung.....	111
(1) Das Prütting'sche Stufenmodell der Beweislast	111
(2) Die vermittelnde Ansicht Baumgärtels.....	112
c) Konsequenzen für die weitere Prüfung	113
aa) Die Beweislastverteilung zwischen den Parteien.....	113
(1) Die Rosenberg'sche Normentheorie.....	115
(2) Kritik an der Normentheorie.....	116
(3) Erweiterungen und Alternativen zur Normentheorie.....	117
(a) Die Beweislastverteilung nach der konkreten Wahrscheinlichkeit und das Wahrscheinlichkeitsmodell Kegels	118
(b) Die modifizierte Normentheorie	122
bb) Die Voraussetzungen für die Korrelation von Beweislastentscheidung und Beweislastverteilung und die insoweit abweichenden Rahmenbedingungen bei der Kollisionsnorm	124
(1) Die für das Verhältnis von Beweislastentscheidung und Beweislastverteilung maßgeblichen Faktoren.....	124
(2) Die eine modifizierende Betrachtung erfordernden	

kollisionsrechtlichen Rahmenbedingungen	125
(a) Der Einfluss der Tatbestandsstruktur des Anknüpfungsmoments	125
(b) Die Unzulässigkeit einer die Klage abweisenden Entscheidung aufgrund einer Unklarheit auf Rechtsanwendungsebene	126
(aa) Sinn und Zweck der kollisionsrechtlichen Anknüpfung.....	126
(bb) Der Einfluss des Rechtsverweigerungs-Verbo...	128
(cc) Das Problem der materiellen Rechtskraft.....	128
C. Zusammenfassung und Konsequenzen für die weiterführende Prüfung.....	130
 § 4 Das auf die Beweislast und das Beweismaß anzuwendende Recht	133
A. Die Feststellungslast	134
B. Die Beweisführungslast.....	136
C. Das auf das Beweismaß anwendbare Recht.....	139
I. Anknüpfungsakzessorietät zum anzuwendenden Recht	139
II. Lex fori	140
III. Stellungnahme.....	141
D. Konsequenzen der vorgefundenen Ergebnisse für die Beweislast bei ausländischen, supranationalen und staatsvertraglichen Kollisionsnormen.....	143
 § 5 Die Möglichkeiten der Überwindung einer tatsachenbezogenen Unklarheit beim kollisionsrechtlichen Anknüpfungsmoment	149
A. Die Fragestellung auf erster Stufe: Die Möglichkeit der Übertragung der Beweislastprinzipien auf die Frage des „Ob“	149
I. Die Determinanten einer das non liquet überwindenden Entscheidung beim Anknüpfungsmoment der Kollisionsnorm.....	150

1. Die Rechtsfolge des Nichtvorliegens eines Anknüpfungsmoments	150
a) Ersatzanknüpfungen im autonomen, staatsvertraglichen und supranationalen Kollisionsrecht	151
b) Die Heranziehung von Ersatzanknüpfungen als allgemeines Prinzip des Kollisionsrechts	153
aa) Das Vorliegen einer ausfüllungsbedürftigen Regelungslücke.....	153
(1) Der Regelfall der Grundanknüpfungsnormen	154
(2) Ausnahmen bei durch materiellrechtliche Interessen unmittelbar beeinflussten Anknüpfungsnormen.....	156
(a) Kumulative Anknüpfungen.....	156
(b) Alternative Anknüpfungen	158
(c) Exklusiv- und andere nicht allseitig ausbaubare Anknüpfungsnormen	159
(aa) Die Anwendbarkeit von Exklusivnormen auf Nichtdeutsche über Art. 12 der Genfer Flüchtlingskonvention	161
(bb) Anwendung von Art. 5 II EGBGB auf Exklusivnormen?	163
(d) Verbraucher- und arbeitnehmerbegünstigende Normen	166
(3) Zusammenfassung	168
bb) Die Vergleichbarkeit der Interessenslage.....	168
2. Ergebnis	169
II. Konkrete Ersatzanknüpfungen.....	169
1. Die Ersatzanknüpfung bei der Staatsangehörigkeit	169
2. Die Problematik bei der Rechtswahl	171
3. Die Nichtfeststellbarkeit eines gewöhnlichen Aufenthaltes.....	172
4. Die Problematik einer Ersatzanknüpfung für den effektiven Verwaltungssitz.....	174
5. Die „engste Verbindung“ als Ersatzanknüpfung auf letzter Stufe	178
III. Das Verhältnis der Unteranknüpfung „engste Verbindung“ und der <i>lex fori</i> als Ersatzrecht.....	180
1. Die Übertragung der für das „Wertungspatt“ entwickelten Grundsätze	181
2. Die „engste beweisbare Verbindung“	182
3. Privilegierte Stellung der <i>lex fori</i> im System des Kollisionsrechts <i>de lege lata?</i>	183
a) Die subsidiäre Berufung der <i>lex fori</i>	187
b) Fakultativität des Kollisionsrechts?	189

aa) Probleme der zwingenden Anwendung des Kollisionsrechts	192
bb) Die verschiedenen Lösungsansätze	194
(1) Parteifakultativität des Kollisionsrechts	194
(2) Gerichtsfakultativität des Kollisionsrechts	195
(3) Disposition über das Kollisionsrecht durch prozessuale Parteiautonomie	197
cc) Kritische Auseinandersetzung mit dem fakultativen Kollisionsrecht.....	198
(1) Die Ablehnung des fakultativen Kollisionsrechts durch den Gesetzgeber.....	200
(2) Analyse der für die Fakultativität des Kollisionsrechts vorgebrachten Argumente.....	201
(a) Rückzug des Richters und Aspekte der Verfahrensdauer bei Anwendung ausländischen Rechts... ..	201
(b) Die Kosten des Verfahrens und der Vergleich der Stellung der wirtschaftlich schwächeren Partei bei zwingendem und fakultativem Kollisionsrecht	204
(c) Die fehlende Vergleichbarkeit der Behandlung von Kollisionsrecht und von Einreden des materiellen Rechts	206
(3) Ergebnis	207
c) Die Unabhängigkeit der <i>lex fori</i> von der Erteilung eines kollisionsrechtlichen Anwendungsbefehles	207
IV. Zusammenfassung	212
 B. Die Fragestellung auf zweiter Stufe: Das <i>non liquet</i> im Hinblick auf die örtliche Beziehung der konkreten Verknüpfung.....	213
I. Allseitige und einseitige Kollisionsnormen.....	214
II. Die Problematik der streitigen örtlichen Verknüpfung	215
1. Das Offenlassen der kollisionsrechtlichen Entscheidung im Falle der Berufung des gleichen Rechts trotz divergierender Anknüpfungstatsachen	216
2. Das Offenlassen der kollisionsrechtlichen Entscheidung im Falle inhaltlicher Kongruenz der in Betracht kommenden Rechtsordnungen.....	217
a) Die Unabhängigkeit des Offenlassens der Rechtsanwendungsfrage von der Revisibilität oder Irrevisibilität ausländischen Rechts	218
b) Prozessökonomische Aspekte und das Risiko der Verfahrensverzögerung.....	221

3. Die „Teilerweislichkeit“ des Anknüpfungsmoments als Sonderform des non liquet.....	223
III. Die verschiedenen Lösungsmöglichkeiten für die Überwindung des non liquet in der Fallkonstellation der „Teilerweislichkeit“..	224
1. Lösung durch Negativfiktion des Anknüpfungsmoments als solchem und Unteranknüpfung?	224
a) Die Anwendbarkeit von Art. 5 II Alt. 2 EGBGB auf die Frage der „Teilerweislichkeit“ der Staatsangehörigkeit.....	225
aa) Grammatische Auslegung	225
bb) Systematik	226
cc) Subjektiv-historische Auslegung	226
dd) Objektiv-teleologische Kriterien – Das Erfordernis einer teleologischen Reduktion	229
(1) Die Erzielung widersprüchlicher Ergebnisse durch Anwendung des Art. 5 II Alt. 2 EGBGB auf Fälle der Teilerweislichkeit.....	229
(a) Das Auftreten von Wertungswidersprüchen bei uneingeschränkter Anwendung von Art. 5 II Alt. 2 EGBGB	229
(b) Die negative Beweislastfiktion bei Teilerweislich- keit als Lösungsmöglichkeit im materiellen Recht	235
(aa) Fallgruppen und Lösungsvorschläge zur Beweislast bei Unklarheit über den Inhalt einer derogierenden Parteivereinbarung	236
(bb) Stellungnahme.....	239
(cc) Zusammenfassung	242
(2) Die Notwendigkeit einer teleologischen Reduktion von Art. 5 II Alt. 2 EGBGB	242
b) Die Ungeeignetheit der Lösung durch Negativfiktion und Unterankrüpfung bei anderen Anknüpfungsmomenten	243
c) Zusammenfassung.....	246
2. Die materiellrechtsakzessorische Beweislastentscheidung	246
a) Beispiele für Fälle einer materiellrechtsakzessorischen Beweislastentscheidung	247
aa) Die Rechtsprechung des BGH zur Feststellung des effektiven Verwaltungssitzes einer Gesellschaft.....	247
bb) Der Einfluss einer intertemporal-kollisionsrechtlichen Tatsachenunsicherheit auf den materiellrechtlichen Anspruch	250
cc) Ein Schuss über die Grenze.....	253
b) Die notwendigen Voraussetzungen einer materiellrechtsakzessorischen Beweislastentscheidung	257
aa) Die Berücksichtigung materiellrechtlicher Gesichts-	

punkte im Rahmen der kollisionsrechtlichen Prüfung	259
bb) Die beweislastrechtlichen Voraussetzungen des Offenlassens der konkreten Entscheidung	262
cc) Probleme der Praktikabilität und der Prozessökonomie	264
c) Zwischenergebnis.....	267
d) Der Versuch einer Verallgemeinerung der materiell- rechtsakzessorischen Beweislastentscheidung.....	267
aa) Die materiellrechtsakzessorische Beweislastentschei- dung aufgrund eines inhaltlichen Günstigkeitsverglei- ches der in Betracht kommenden Rechtsordnungen	268
bb) Die materiellrechtsakzessorische Beweislastverteilung entsprechend dem Charakter der geltend gemachten materiellrechtlichen Norm.....	271
cc) Zwischenergebnis	275
e) Ergebnis.....	276
3. Die Problematik der Auflösung der Teilerweislichkeit außerhalb der Sonderkonstellationen der Materiellrechts- akzessorietät und der Inhaltsgleichheit	277
a) Die Beweislastentscheidung unter Rückgriff auf Vermutungen	278
aa) Derivative und genuine tatsächliche Vermutungen.....	278
bb) Die Beweislastentscheidung auf Grundlage einer derivativen tatsächlichen Vermutung	280
(1) Abgrenzung zu anderen kollisionsrechtlichen „Vermutungen“ – Die in Art. 28 II–IV EGBGB/ Art. 4 II–IV EVÜ enthaltenen Regelungen und ihre Bedeutung.....	280
(2) Fallgruppen der derivativen tatsächlichen Vermutung.....	284
(a) Die Vermutung des Fortbestehens eines festgestellten Anknüpfungsmoments.....	284
(b) Die Vermutung der Übereinstimmung des örtlichen Bezuges zweier verschiedener Anknüpfungsmomente.....	285
(3) Kritische Würdigung	286
(a) Die tatsächliche Vermutung beim gewöhnlichen Aufenthalt.....	287
(b) Die tatsächliche Vermutung im Rahmen der Sitztheorie	288
(aa) Der Erfahrungssatz im Hinblick auf die grundsätzliche Übereinstimmung von Gründungs- und Sitzort.....	288

(bb) Die Besonderheiten des grundbuchrechtlichen Verfahrens.....	290
cc) Ergebnis.....	292
b) Der Rekurs auf die konkrete Wahrscheinlichkeit.....	292
aa) Die Konzeption Kegels zur Lösung des Problems der Teilerweislichkeit.....	293
bb) Die vom Kegel'schen Modell aufgeworfenen Probleme.....	294
(1) Der Rekurs auf die Wahrscheinlichkeit zur Überwindung der Teilerweislichkeit	295
(2) Die Heranziehung nachrangiger Anknüpfungsmodelle zur Feststellung einer engeren Beziehung bei Wahrscheinlichkeitsäquivalenz	296
(a) Gleich wahrscheinliche Staatsangehörigkeit	296
(b) Die Verallgemeinerungsfähigkeit der Lösung für die Wahrscheinlichkeitsäquivalenz.....	299
(3) Der Vorrang der Inlandsbeziehung vor der Ersatzanknüpfung	300
cc) Ergebnis.....	302
4. Der Versuch einer Lösung des Problems der Teilerweislichkeit auf Grundlage des Kegel'schen Modells in Einklang mit geltendem Beweisrecht.....	303
a) Die Problematik des auf das Beweismaß anzuwendende Recht im Hinblick auf supranationale und staatsvertragliche Kollisionsnormen.....	303
aa) Die These der internationalen Einheitlichkeit des Beweismaßes trotz unterschiedlicher Formeln.....	304
bb) Die Unterschiedlichkeit der verschiedenen Beweismaß-formeln	305
cc) Der fehlende Einfluss von Beweismaßdivergenzen auf die vorliegende Fragestellung.....	307
b) Allgemeine Voraussetzungen einer Beweismaßsenkung.....	308
aa) Die Beweismaßmodifikation als teleologische Reduktion des § 286 I 1 ZPO	308
bb) Das Vorliegen einer verdeckten Regelungslücke.....	309
(1) Das Erfordernis einer Beweismaßreduktion	309
(2) Die Planwidrigkeit der verdeckten Lücke	311
cc) Die Interessenslage für eine Beweismaßsenkung beim Anknüpfungsmoment.....	314
(1) Die Notwendigkeit der Reduktion des Beweismaßes auf die überwiegende Wahrscheinlichkeit.....	314
(2) Bedenken gegen eine Beweismaßreduktion	315
c) Ergebnis.....	318

C. Zusammenfassung	319
§ 6 Die Auswirkungen der vorgefundenen Ergebnisse zur Beweislastentscheidung beim Anknüpfungsmoment auf die Parteien	323
A. Der Einfluss der Unteranknüpfungen auf die Problematik	323
B. Die Beeinträchtigung des Rechtsanwendungsinteresses als Kriterium für die Beweislastverteilung beim Anknüpfungsmoment.....	325
I. Das Interesse der Parteien an der Anwendbarkeit einer bestimmten Rechtsordnung und seine Konsequenzen für die Streitigstellung des Anknüpfungsmoments.....	325
II. Die Ungeeignetheit der vom Einzelfall abhängigen Beeinträchtigung des Rechtsanwendungsinteresses als Kriterium für die Verteilung der Beweislast.....	328
III. Das Risiko der Beeinträchtigung der Rechtsanwendungsinteressen als einzelfallunabhängiges Zuweisungskriterium	329
1. Die Beweislastverteilung beim non liquet hinsichtlich der örtlichen Beziehung des Anknüpfungsmoments	330
2. Die Beweislastverteilung hinsichtlich des Vorliegens eines bestimmten Anknüpfungsmoments.....	331
a) Das sich durch den Tatsachenvortrag zum Anknüpfungsmoment manifestierende Rechtsanwendungsinteresse als Verteilungskriterium.....	332
aa) Die Problematik der Behauptungslast hinsichtlich des Anknüpfungsmoments.....	332
bb) Die Konsequenzen des Nichtbestehens einer Behauptungslast hinsichtlich des kollisionsrechtlichen Anknüpfungsmoments.....	335
b) Die Beweislastverteilung auf Grundlage der Beeinträchtigung des Rechtsanwendungsinteresses	336
IV. Ergebnis	338
§ 7 Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse.....	339
Literaturverzeichnis	347
Sachregister	377